APA0273 5 WI 0350 AI Mo, 21.Aug 2023

Homeoffice/Steuern/Unternehmen/Arbeitnehmer/Deutschland/Österreich

Homeoffice für Arbeitsgrenzgänger nach Deutschland nun erleichtert

Utl.: Grenzgängerregelung im Doppelbesteuerungsabkommen zwischen

Wien und Berlin neu gefasst - Arbeitstage im Homeoffice nicht

mehr "schädlich" =

Aschau /Wien/Berlin (APA) - Die Finanzminister von Österreich und Deutschland, Magnus Brunner (ÖVP) und Christian Lindner (FDP), haben am Rande des Treffens der deutschsprachigen Finanzminister am Montag in Bayern das austro-deutsche Doppelbesteuerungsabkommen aktualisiert. Damit wird die Grenzgängerregelung angepasst. Menschen aus Österreich, die zum Arbeiten ins Nachbarland auspendeln, können Homeoffice nutzen und flexibler arbeiten - auch als im öffentlichen Dienst Beschäftigte.

Steuerliche Gründe hatten nach dem Auslaufen einer Coronaregelung seit Juli 2022 neuerlich verhindert, dass Österreicherinnen und Österreicher von der Alpenrepublik aus im Homeoffice arbeiten. Es entstand nämlich eine Dienststelle in Österreich als Ausland. Das wiederum führte für den aus österreichischer Sicht ausländischen deutschen Dienstgeber zu hohen Kosten und die Menschen mussten oft an ihren Arbeitsplatz, wenn es Kolleginnen und Kollegen mit deutschem Wohnsitz nicht mussten. Die Arbeitswelt hat sich speziell seit Corona aber stark verändert.

Daher sind Arbeitstage im Homeoffice ab sofort "keine schädlichen Tage im Sinne der Grenzgängerregelung mehr", teilten die Finanzministerien mit. Die Grenzgängerregelung wird demnach auch auf im öffentlichen Dienst Beschäftigte ausgedehnt. Die Bestimmung der Grenzzone werde auch administrativ vereinfacht und geografisch etwas ausgeweitet.

"Mit der Ausweitung der Regelung für Grenzgängerinnen und Grenzgänger kommen wir einem dringenden Anliegen der Beschäftigten und Unternehmen in der Grenzregion nach", wurde Lindner in einer der APA übermittelten gemeinsamen Stellungnahme mit Brunner zitiert. Es komme zu einer "deutlichen bürokratischen Entlastung".

Mit der Aktualisierung des Abkommens zwischen Wien und Berlin werde der veränderten Arbeitswelt Rechnung getragen und internationale Standards eingeführt, so Brunner. "Vor allem der Bereich des Homeoffice hat in den letzten Jahren massiv zugenommen und wir schaffen nun mehr Flexibilität im Sinne der Beschäftigten."

Die deutschsprachigen Finanzminister - zu ihnen gehören auch die Vertreterinnen bzw. Vertreter der Schweiz, Liechtensteins und Luxemburgs - treffen sich einmal im Jahr in einem anderen der vier Länder. Neben Brunner und Lindner sind dies derzeit Yuriko Backes (Luxemburg), Karin Keller-Sutter (Schweiz) und Daniel Risch (Liechtenstein). Heuer traf man sich in Aschau im Chiemgau in Deutschland.